Antrag von Werner Stahel (vom 21. Oktober 2021)

Beschlussantrag 2021-09 Aussprache-Traktanden und -Sitzungen

Änderungsantrag

Artikel 33a soll gegenüber dem Vorschlag des Büros wie folgt geändert werden (Änderungen unterstrichen):

Art. 33a Aussprache-Traktanden und -Sitzungen

¹ Das Kirchgemeindep Parlament kann im Rahmen ~~ordentlicher Sitzungen~~ eines besonderen Traktandums oder einer speziellen Aussprache-Sitzung eine Aussprache über allgemeine und besondere Fragen zum Stand des kirchlichen Lebens durchführen.

² ~~Diese Aussprache-Traktanden~~ finden auf Anordnung der Präsidentin oder des Präsidenten, auf Begehren eines Drittels seiner Mitglieder oder auf Verlangen der Kirchenpflege statt. Der Antrag ist der Präsidentin oder dem Präsidenten des Kirchgemeindep Parlements unter Angabe der zu behandelnden Themen spätestens drei Tage vor der Büro-Sitzung einzureichen.

³ ~~Die Aussprache dauert längstens eine Stunde. Sie kann auf Antrag eines Mitglieds des Kirchgemeindep Parlements oder der Kirchenpflege verlängert werden, wenn zwei Drittel der anwesenden Parlamentsmitglieder dem Antrag zustimmen.~~

³ Im Rahmen der Aussprache sind Beschlüsse nur zum Ablauf der Verhandlungen zulässig.

⁴ Die Verhandlungen können von den in Art. 24-33 festgelegten Abläufen abweichen, insbesondere indem Diskussionen in Gruppen erfolgen. Zum Abschluss findet in der Regel eine Beratung im Plenum statt, die protokolliert wird.

Erwägungen

Der Vorschlag des Büros besteht darin, dass die Regelungen der Synode übernommen werden. Bei genauerem Hinsehen sind diese teilweise unklar und unvollständig. So bleibt unklar, wie weit die Regeln des neuen Artikels 33a auch für Aussprache-Sitzungen gelten. Es fehlt zudem die Bestimmung, dass im Rahmen der Aussprache keine inhaltlichen Beschlüsse möglich sind.

a. Die **Änderungen des Titels und der Absätze 1 und 2** dienen nur zur Klärung, dass der Artikel sich generell auch auf Aussprache-Sitzungen bezieht. Sie sind deshalb redaktioneller Art.

Die inhaltlichen Änderungen sind

b. **Streichung des bisherigen Absatzes 3** – Begrenzung auf eine Stunde.

Diese Begrenzung kann sinnvolle Kombinationen verhindern, insbesondere, dass Aussprache-Sitzungen als überwiegender Teil einer regulären Sitzung geplant werden, an der auch kurze formale Traktanden wie die Einsetzung einer Pfarrwahl-Kommission stattfinden.

c. **Neuer Absatz 3** – nur Ordnungsanträge

Es erscheint geboten, dies festzuhalten, damit der Aussprache-Charakter gewährleistet bleibt.

d. **Neuer Absatz 4** – freie Formen

Es erscheint geboten, die freien Formen ausdrücklich zu ermöglichen – auch wenn sie in den Aussprache-Sitzungen der Synode ohne diese Rechtsgrundlage zur Anwendung kommen.

Da es sich dennoch um eine Sitzung handelt, ist es zudem nützlich, dass ein Protokoll erstellt wird, das die Ergebnisse der Gespräche zusammenfasst, aber nicht die ganzen Beratungen (allenfalls in Gruppen!) umfassen muss.

Zürich, 21. Oktober 2021

Werner Stahel